Angriff auf Sudscha-Gasmessstation beweist Selenskijs Unfähigkeit zu verhandeln

23 Mär. 2025 12:03 Uhr

Ukrainische Streitkräfte, die sich aus dem Gebiet Kursk zurückziehen, haben die Gasmessstation Sudscha gesprengt. Russlands Verteidigungsministerium bezeichnete dies als Provokation, um die Friedensinitiativen der USA zur Beilegung der Ukraine-Krise zu diskreditieren.

© Telegram-Kanal Baza
Screenshot aus dem Video: Feuer als Folge des Angriffs der ukrainischen Streitkräfte auf die Gasmessstation Sudscha

Von Anastassija Kulikowa

Die ukrainischen Streitkräfte haben die Gasmessstation Sudscha gesprengt. Die Anlage befindet sich im Gebiet Kursk, nur wenige hundert Meter von der Grenze zur Ukraine entfernt. Das russische Verteidigungsministerium bezeichnete den Vorfall als "vorsätzliche Provokation", mit der die Friedensinitiativen des US-Präsidenten diskreditiert werden sollten. Das russische Ermittlungskomitee leitete bereits ein Strafverfahren nach dem Terrorismusparagrafen ein.

Laut dem russischen Präsidentensprecher Dmitri Peskow zeigen die Aktionen der ukrainischen Streitkräfte deutlich, wie hoch der Preis für die Zusicherungen von Wladimir Selenskij und seinem Team im Rahmen der Vereinbarungen über einen 30-tägigen Waffenstillstand ist, wie *TASS* berichtete. Später, in einem Interview mit dem Journalisten Pawel Sarubin, fügte Peskow hinzu:

> *"Das zeigt einmal mehr, wie sehr man den Kiewer Behörden glauben und vertrauen kann."*

Die Bombardierung der Sudscha-Gasmessstation ist nicht das erste Mal, dass sich die ukrainischen Streitkräfte über eine zuvor vereinbarte Regelung hinwegsetzen. Zwei Tage zuvor hatten ukrainische Drohnen ein Öllager in der Region Krasnodar angegriffen, das für den Umschlag von Treibstoff aus Eisenbahnkesselwagen in das System des Kaspischen Pipeline-Konsortiums zuständig ist. Als Folge der feindlichen Aktionen brach ein 10.000 Quadratmeter großes Feuer aus.

Der Angriff erfolgte wenige Stunden nach einem Telefongespräch zwischen Wladimir Putin und Donald Trump, in dem der Chef des Weißen Hauses den Vorschlag unterbreitet hatte, 30 Tage lang auf Angriffe auf die Energieinfrastruktur zu verzichten. Der russische Staatschef stimmte der Initiative zu und erteilte dem Militär einen entsprechenden Befehl.

Daraufhin schoss die russische Armee sieben ihrer eigenen Angriffsdrohnen ab, die für Angriffe auf Energieanlagen im Gebiet Nikolajew eingesetzt wurden. Sechs von ihnen wurden durch das Panzir-Flugabwehrraketen- und Kanonensystem ausgeschaltet, während eine weitere von einem diensthabenden Kampfjet der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte abgeschossen wurde.

Die Expertengemeinschaft stellt fest, dass die Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf die russische Energieinfrastruktur einmal mehr das mangelnde Engagement Kiews bestätigen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Ereignisse die Haltung der USA gegenüber Selenskij deutlich verändern könnten, da er sich als eine Person zeigt, die nicht bereit ist, Friedensinitiativen zu folgen.

Igor Juschkow, ein Experte des Nationalen Energiesicherheitsfonds und der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, erinnerte daran:

"Die Gasmessstation Sudscha ist der Eingangspunkt der Gasleitung Urengoi – Pomary – Uschgorod vom russischen Territorium in die Ukraine. Früher wurde über diese Station russisches Gas nach Europa geleitet, aber der Transit wurde am 1. Januar 2025 eingestellt."

Dennoch stand das Rohr die ganze Zeit unter Druck, da sich Gasreste darin befanden. Dies erkläre die "riesige Fackel", die nach dem Angriff der ukrainischen Streitkräfte entstanden sei.

Der Gesprächspartner führt das Vorgehen der ukrainischen Seite auf zwei Faktoren zurück. Erstens ist es die Fortsetzung des Kiewer Kurses der Zerstörung der Infrastruktur auf dem Rückzug. Der Experte bemerkte ironisch:

"Der Feind hat die Gasmessstation bisher nur deshalb nicht angegriffen, weil er Sudscha kontrolliert hat. Jetzt, da die russischen Streitkräfte die Stadt befreit haben, muss Selenskijs Büro befürchten, dass die Leitung von den russischen Streitkräften für eine 'Potok'-ähnliche Operation genutzt werden könnte."

Aber es würde für unsere Kämpfer schwieriger werden, dieses Manöver zu wiederholen, weil der Überraschungseffekt verloren gegangen wäre. Der Analytiker glaubt:

"Daher hatte die Bombardierung der Gasmessstation wahrscheinlich keinen militärischen Zweck."

Seiner Einschätzung nach waren politische Motive der Grund für den Angriff. Er stellte klar:

"In den Aktionen der Gegenseite ist ein gewisses Signal an die Europäer zu sehen."

"Die Ukraine wiederholt in der Tat das Vorgehen der Regierung Joe Bidens in Bezug auf Nord Stream. Damals wurde die Pipeline gesprengt, um Europa den Weg zurück zur Wiederherstellung seiner früheren

Beziehungen zu Russland zu verbauen."

Vor diesem Hintergrund erinnerte Juschkow an das jüngste Ultimatum der Slowakei an die EU, den Gastransit wiederherzustellen. Andernfalls versprach Bratislava, die Entscheidungen der Union in der Ukraine-Frage zu blockieren. Der Redner erklärte:

"Nach der Sprengung der Sudscha-Gasmessstation könnte das Büro von Selenskij behaupten, die Gasleitung sei defekt. Dies könnte dann der Grund für die Verweigerung der Wiederaufnahme der Treibstoffförderung sein."

Juschkow schlussfolgerte:

"Was den Energiestopp in der Zone der militärischen Sonderoperation betrifft, so hat Russland bereits bestätigt, dass es die entsprechende feindliche Infrastruktur nicht angreifen wird.

Seitens Kiews wurden keine klaren Aussagen gemacht. Es würde mich nicht überraschen, wenn in der Ukraine die Verantwortung für den Angriff auf die Gasmessstation nach Moskau verlagert wird."

Wladimir Dschabarow, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates, sagte seinerseits:

"Der Angriff, der stattgefunden hat, bestätigt die kritische Unfähigkeit der derzeitigen Führung der [ukrainischen] Republik.

Das wird negative Folgen für Kiew selbst haben. Washington wird sich nun fragen, ob Selenskij verhandeln kann und ob er überhaupt befugt ist, die Ukraine zu vertreten. Alles deutet darauf hin, dass dieser Mann völlig unkontrollierbar wird."

Der Senator erinnerte an die künftigen Gespräche zwischen der russischen und der US-amerikanischen Delegation in Saudi-Arabien, bei denen auch ukrainische Vertreter erwartet werden. Dschabarow betonte:

"In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass das Weiße Haus berücksichtigt, dass hinter Selenskijs Büro Großbritannien, Deutschland und Frankreich stehen, deren Führer die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen Russland befürworten."

Wadim Truchatschjow, Dozent am Lehrstuhl für ausländische Regionalstudien und Außenpolitik an der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU), betonte:

"Die Ukraine und die EU-Länder zerstören den Energiewaffenstillstand mithilfe von Terroranschlägen."

Seiner Meinung nach ist die Sprengung der Gasmessstation Sudscha ein demonstrativer Schritt, mit dem die Gegner zeigen, dass ihnen die Vereinbarungen von Putin und Trump nichts bedeuten.

Dem Experten zufolge hat der russische Präsident, der die Initiative seines US-amerikanischen Kollegen unterstützt, verstanden: Die ukrainischen Streitkräfte werden das Abkommen sabotieren. Truchatschjow sagte:

"Der Terroranschlag hat gezeigt, dass es sinnlos ist, mit Kiew und den europäischen Ländern, die dahinterstehen, zu reden."

Außerdem können wir nicht sicher sein, dass es Selenskij war, der die Zerstörung der Gasmessstation angeordnet hat, so der politische Analyst Iwan Lisan. Der Experte merkte an:

"Man kann davon ausgehen, dass die Unterminierung der Infrastruktur das Ergebnis unbefugter Aktivitäten des sich zurückziehenden ukrainischen Militärs war. Sollte sich dies bewahrheiten, ist die Lage noch schlimmer, und das mangelnde Engagement Kiews wird neue Gefahren mit sich bringen.

Zumindest zeigen derartige Eskapaden des ukrainischen Militärs, dass ihre Vorgesetzten in Kiew ihr Handeln nicht kontrollieren, denn die Station hätte unberührt bleiben müssen. Selenskij kann also nicht kontrollieren, ob bestimmte Vereinbarungen eingehalten werden."

"Das bedeutet, dass es sinnlos ist, mit ihm über einen Waffenstillstand zu diskutieren, auch wenn es nur ein Teil davon ist. Das ist für Russland keine Neuigkeit. Die ukrainische Seite hat uns wiederholt im Stich gelassen, zum Beispiel beim Austausch von Gefangenen und dem Bruch von Vereinbarungen in der Anfangsphase der militärischen Sonderoperation. Und bereits vor Beginn der Sonderoperation hatte Kiew mehrmals versucht, Moskau im Handumdrehen zu täuschen. Diese wenig schmeichelhafte Tatsache wird nun allmählich auch für Washington offensichtlich."

Andrei Issajew, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion "Einiges Russland" in der Staatsduma, fügte hinzu:

"Nach der Sprengung der Gasmessstation sind alle Bemühungen Ungarns und der Slowakei sinnlos geworden, das Problem der russischen Gaslieferungen nach Europa zu lösen. Nach Schätzungen von Experten wird es mindestens 2,5 Jahre dauern, die zerstörte Station wieder aufzubauen."

Seiner Meinung nach spielt es keine Rolle, ob Selenskij den Energiewaffenstillstand aus eigenem Antrieb verletzt oder weil er nicht in der Lage ist, "die Atamane seiner Banden" zu kontrollieren. Issajew fasste zusammen:

"In jedem Fall ist er inkompetent. Daher kann die Garantie für einen dauerhaften Frieden nur die vollständige Zerschlagung des Regimes des blutigen Clowns sein, und im Falle einer Vereinbarung über einen vorübergehenden Waffenstillstand muss man sich auf Strafsanktionen für Kiew für jeden Verstoß dagegen einigen."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 21. März 2025 zuerst bei der Zeitung Wsgljad erschienen.

***Anastassija Kulikowa** ist eine Journalistin und SMM-Redakteurin der Zeitung Wsgljad.*